

Wirtschaft wählt Klimaschutz

Bundesweit, 26. August 2021 – Ein breites Bündnis zukunftsorientierter Wirtschaftsverbände veröffentlicht gemeinsame Forderungen zur Bundestagswahl und erwartet eine deutlich ambitioniertere Klimaschutzpolitik von der kommenden Bundesregierung.

„Klimaschutz ist Langfrist-Ökonomie“, schreiben die 24 unterzeichnenden Organisationen in ihrem Forderungspapier, adressiert an die kommende Bundesregierung. „Die Welt brennt und schmilzt. Die Wirtschaft braucht stabile Rahmenbedingungen – auch beim Klima. Denn die Klimakrise gefährdet unseren Wirtschaftsstandort – die Böden, Wälder und Gewässer sowie die Gesundheit und Leistungsfähigkeit unserer Mitarbeiter:innen. Um das Klima zu schützen, braucht es eine Wirtschaft, die Klimaschutztechnologien bereitstellt und alle anderen Produkte und Dienstleistungen über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg klimaneutral produziert“, so David Wortmann, Mit-Initiator von Entrepreneurs For Future und Vorstandsmitglied der Leaders for Climate Action.

„Mit der Gemeinwohl-Bilanz steht Unternehmen bereits heute ein umfassendes und ganzheitliches Instrument zur Verfügung, mit dem sie die eigene Sozial- und Umweltverträglichkeit prüfen und weiterentwickeln können. Unternehmen der Gemeinwohl-Ökonomie sind Pioniere für eine menschenwürdige und nachhaltige Wirtschaftsweise und damit auch für den Klimaschutz“, erklärt Jutta Hieronymus, Vorstandin der Gemeinwohl-Ökonomie Deutschland e.V.

Die unterzeichnenden Organisationen stehen für ein vielfältiges Bündnis von Branchen: Von der Ernährungs- und Landwirtschaft über die Fahrradwirtschaft und E-Mobilitätsbranche bis hin zu Unternehmen der Digitalwirtschaft und klassischen Sektoren wie Maschinenbau oder Textilproduktion. Allein die Entrepreneurs For Future und Leaders for Climate Action stehen für über 6.000 Unternehmen, mit mehr als 500.000 Arbeitsplätzen und 50 Mrd. Euro Umsatz.

Die 24 Verbände bekennen sich in dem Papier zum Pariser Klimaabkommen und machen sich für die Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad stark. Die Forderung nach einer ambitionierteren Klimapolitik wird in dem Papier von zehn Punkten flankiert, aus denen konkrete Handlungsempfehlungen hervorgehen. Einige ausgewählte Punkte sind:

- lenkungswirksame CO₂-Bepreisung
- Klima-Check für alle Gesetzes- und Investitionsvorhaben
- Abschaffung klimaschädlicher Subventionen
- schnellerer Kohleausstieg bis 2030

- **Energiewende-Booster**

Dr. Katharina Reuter, Mit-Initiatorin von Entrepreneurs For Future und Geschäftsführerin des Bundesverbands Nachhaltige Wirtschaft e.V.: „Wir zeigen mit den zehn Punkten ganz konkret auf, welche Klimapolitik die zukunftsorientierte Wirtschaft von der kommenden Bundesregierung erwartet. Jetzt muss die Politik ihre Hausaufgaben machen.“

Den unterzeichnenden Organisationen ist es wichtig zu betonen, dass Wirtschaft und Klimaschutz kein Widerspruch sind. Vielmehr muss Klimaschutz als Chance für den Wirtschaftsstandort Deutschland begriffen werden. Doch dazu braucht es die entsprechenden Rahmenbedingungen von der Politik.

Markus Sauerhammer, Mit-Initiator von Entrepreneurs For Future und 1. Vorstand beim Social Entrepreneurship Netzwerk Deutschland e.V.: „Die Wirtschaft hat sich schon auf den Weg gemacht. Die Politik muss nachziehen. Wir müssen in Deutschland endlich Klimaschutz als wirtschaftliche Chance begreifen, so wie es zum Beispiel in China und den USA schon längst der Fall ist.“

Das komplette Forderungspapier finden Sie zum Download hier:

https://entrepreneurs4future.de/wp-content/uploads/Zukunftswirtschaft_Forderungen_BTWahl.pdf

Die Unterstützer:innen:

Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller e.V. Biokreis e.V.

Bioland e.V.

BNW Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.) e.V.

Bundesverband CarSharing e.V.

Bundesverband eMobilität e.V.

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e.V. (BÖLW)

dasselbe in grün e.V.

Demeter e.V.

Eco Innovation Alliance

Entrepreneurs For Future

FNG – Forum Nachhaltige Geldanlagen e.V.

forum anders reisen e.V.

future e.V.

Gemeinwohl-Ökonomie Deutschland e.V.

Internationaler Verband der Naturtextilwirtschaft e.V.

Leaders For Climate Action (LFCA) Umweltschutz e.V.

Radlogistik Verband Deutschland e.V.
Reformhaus
ReUse e.V.
Slow Food Deutschland e.V.
Social Entrepreneurship Netzwerk Deutschland e.V.
Verbund Service und Fahrrad e. V.

Über die Gemeinwohl-Ökonomie

Die weltweit agierende Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung nahm 2010 in Wien ihren Ausgang und basiert auf den Ideen des österreichischen Publizisten Christian Felber. Die GWÖ versteht sich als Wegbereiterin für eine gesellschaftliche Veränderung in Richtung eines verantwortungsbewussten, kooperativen Miteinanders im Rahmen eines ethischen Wirtschaftens. Erfolg wird nicht primär an finanziellen Kennzahlen gemessen, sondern mit dem Gemeinwohl-Produkt für eine Volkswirtschaft, mit der Gemeinwohl-Bilanz für Unternehmen und mit der Gemeinwohl-Prüfung für Investitionen.

Aktuell umfasst die GWÖ weltweit rund 11.000 Unterstützer*innen, 5.000 Aktive in 200 Regionalgruppen, etwa 800 bilanzierte Unternehmen und andere Organisationen, über 60 Gemeinden und Städte sowie 200 Hochschulen weltweit, die die Vision der Gemeinwohl-Ökonomie verbreiten, umsetzen und weiterentwickeln.

An der Universität Valencia wurde 2017 ein GWÖ-Lehrstuhl eingerichtet, in Österreich brachte die Genossenschaft für Gemeinwohl 2019 ein Gemeinwohlkonto auf den Markt, und im Herbst 2020 wurden im Kreis Höxter (DE) die drei ersten Städte gemeinwohlabilanziert. Seit Ende 2018 gibt es den Internationalen GWÖ-Verband mit Sitz in Hamburg. Der EU-Wirtschafts- und Sozialausschuss nahm 2015 eine eigeninitiierte Stellungnahme zur GWÖ mit 86 Prozent Stimmenmehrheit an und empfahl ihre Umsetzung in der EU.

Weitere Informationen unter: ecogood.org

Allgemeine Rückfragen zur Gemeinwohl-Ökonomie bitte an:

Fenja Petersen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

+49 (0) 178 4583013

press-germany@ecogood.org